Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 259. Dienstag den 6. November. 1849.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 7ten d., Nachmittags 3 Uhr, öffentliche Sizzung der Stadtverordneten. Hauptgegenstände der Verhandlung: 1) Der Kommissionsbericht wegen der zu erbauenden Eisenbahnen; 2) desgleichen wegen der zu errichtenden städtischen Turnanstalt; 3) desgl. wegen der Waisenmädchen-Anstalt; 4) Petition gegen die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer statt der Schlacht- und Mahlsteuer; 5) Verpachtung der Consumtibilien-Lieferung für die städtischen Anstalten pro 1850; 6) persönliche Angelegenheiten. G. Müller.

Berlin, den 4. November. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Küster und Lehrer Kurth zu Bergholz im Regierungs-Bezirk Potsdam, dem Förster Zothke zu Mönckebude in der Ober-Försterei Jädkemühl, Regierungs-Bezirk Stettin, und dem Gerichtsboten Friedrich Poppe zu Rheine, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Berlin, den 5. November. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem vortragenden Rath im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Wirklichen Legationsrath von Savigny, und dem Premier-Lieutenant a. D. von Brancke zu Frankfurt a. d. O. den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Schleusenmeister Karl Schiller am Klodnitz-Kanal das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Bahnwärter auf der Köln-Mindener Eisenbahn, Christian Suttan zu Borbeck im Kreise Duisburg, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; den Geheimen Ober-Regierungsrath Krausnick zum vortragenden Rath beim Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten; den bisherigen Obergerichts-Assessor Coqui zum Rath bei dem hiesigen Kreisgerichte, und den Landgerichts-Assessor Dr. Busse zu Cleve zum Landgerichts-Rathe in Köln zu ernennen.

Deutschland.

‡ Wie wenig der Plan einer Demarkation in der Provinz Posen für Preußen, für Deutschland im gegenwärtigen Augenblicke heilsam sei, ist von manchen Seiten her schon in Ihrer Zeitung beleuchtet worden. Für den Preußen, für den Deutschen ist dies der erste Gesichtspunkt und muß es sein. Es würde aber die Scheidelinie auch für das rein Polnische Interesse überaus nachtheilig sein.

Der rein Polnische Theil der Provinz würde mit der Scheidelinie von dem Staate des Königreichs Preußen losgetrennt werden, würde einen eigenen Staat unter der Oberhoheit des Preußischen Königshauses bilden, würde aber im Uebrigen mit dem Königreiche Preußen nichts gemein haben. Es würde alle Vortheile des großen Staates entbehren, alle Nachtheile des kleinen Staates zu tragen haben. Die Kleinstaaterei ist die Kindheit der Politik. Sie gehört der Vergangenheit an. Im Kindesalter der antiken Politik war das Inselchen Ithaka ein Königreich, und die vielen Könige, von denen die ältesten Urkunden der Hebräer berichten, sind nicht viel anderes, als unsere Dorfschulzen. Ueberall bei fortschreitender Civilisation drängen verwandte Elemente zu einer größeren staatlichen Einheit zusammen. Zersplitterung der Kräfte ist, wenn irgend wo, so in der Politik ein Fehler. Der kleine Staat hat in unserer Zeit kein unabhängiges, selbstständiges, freies Dasein, er verkümmert oder wird zertreten.

Aber sehen wir genauer, welches die Folgen der Scheidelinie für das abgetrennte Ländchen sein würden. Als eigener Staat hätte es seine eigene Regierung, als constitutioneller Staat seine eigenen Kammern, seine eigenen kriegerischen Streitkräfte, seine eigenen und von Preußen fortan getrennten Interessen für Handel, Gewerbe, Ackerbau, seine eigenen Finanzen, sein eigenes Bildungswesen.

Was nun zunächst in rein politischer Beziehung die Folgen anbetrifft, so würde die Stellung des Ländchens aber keine sehr beneidenswerthe sein im Vergleich zur Gegenwart. Eine diplomatische Vertretung dem Auslande gegenüber könnte bei der Kleinheit des Staates nicht statt finden und würde auch von dem Könige nicht gewährt werden. Die Angehörigen des neuen Staates im Auslande müßten sich immer unter den freundnachbarlichen Schutz der Preußischen Gesandtschaften stellen, ihn da erbitten, wo sie jetzt ihn zu fordern berechtigt sind. — Das neue Ländchen würde seine Kammern haben, und wenn man auch nicht berechtigt ist, ohne Weiteres anzunehmen, daß daraus wieder Polnische Reichstage in der alten, schlimmen Bedeutung des Wortes würden, so weiß man ja doch aus Erfahrung hinlänglich, wie häufig die Kammern so kleiner, abhängiger Staaten nur eine Art Komödie sind.

Die Heeresmacht des neuen Ländchens würde, zumal bei der geographischen Lage desselben, den Nachbarstaaten nur ein Lächeln abgewinnen. Große Kosten aber würde sie jedenfalls bereiten. Wo sollten Festungen gewonnen werden, wo Zeughäuser, wo Geschütz, wo die gesammte Bewaffnung?

Noch trüber würde die finanzielle Lage des Landes sich stellen. Zunächst müßte eine bedeutende Summe für das Herrscherhaus ausgeworfen werden. Die Ausgaben für Landesverwaltung, Kammern, Heer und alle anderen Staatsausgaben würden überall steigen, da durch die neue Selbstständigkeit eine große Anzahl jetzt nicht nöthiger Behörden eingeführt werden müßte. Alles eben müßte erschwungen werden aus den Erträgen des Ländchens selbst, während jetzt, wie in jedem großen Staate, so auch im Preußischen, Uebertragen der Einnahmen und Ausgaben verschiedener Landesgegenden statt findet, und Millionen aus dem Staatsschatze für die durch die Ueberschwemmungen unglücklichen Gegenden von Schwetz, für die vom Typhus heimgesuchten Gegenden Schlesiens ꝛc. angewendet wurden, Millionen zu denen die Gesammtheit der Bewohner des Preußischen Staats beigetragen hatten. Solche Uebertragungen und Unterstützungen werden bei dem neuen Ländchen eine Unmöglichkeit. Nach gezogene Scheidelinie sorgt Preußen für sich, Neupolen für sich. Neupolen bestreitet dann aus eigenen Einkünften die Kosten für seine Chausseen, seine Magazine, Festungen, Zeughäuser, Schulen, Gerichtshöfe, Kasernen, Waisen- und Krankenhäuser ꝛc. Neupolen sorgt dann auch selbstständig für die Wahrung der Interessen seines Handels, seiner Gewerbe.

Hienach scheint es ziemlich unzweifelhaft, daß die Durchführung der Demarkation für Preußen, wie für Neupolen, für das Deutsche, wie für das Polnische Element gegenwärtig von mehr nachtheiligen, als heilsamen Folgen begleitet sein würde.

△ Berlin, den 2. November. — Der neue Monat beginnt — gemüthlich: die Kriegsgerüchte verstummen, erregt auch das neue Central-Interimisticum keine besondere Sympathie, so heißt man es doch als eine gegenseitige Annäherung willkommen, und baut Hoffnungen für die Zukunft darauf. Zollt man in dieser Beziehung den Bestrebungen des Oesterreichischen Ministeriums alle Anerkennung, so herrscht hingegen nur eine Stimme der Entrüstung, nur Ein Schrei des Entsetzens über die fortgesetzten Hinrichtungen in Ungarn, die man mit dem Geist einer versühnenden Politik, mit dem Geist — der Zeit nicht zu vereinen weiß. Vergleichsweise zu Oesterreich, nennt man hier die hohe Pforte, hinsichtlich ihres Benehmens in der Flüchtlingsangelegenheit nur — die christliche Regierung.

Ungemeines Aufsehen erzeugt hier ein Gerücht, von einer seltsamen Zusammenkunft, die in Lüttich stattgefunden habe. Ein wohlverschlossener Wagen fuhr in das Hôtel des Erzherzogs-Reichsverwesers. Ein betagter Mann stieg aus, und als er nach einer fünfstündigen Unterhaltung mit dem Oesterreichischen Prinzen wieder in den Wagen stieg, wollten Einige aus der, denselben umwogenden Menge, den — Fürsten Metternich erkannt haben. Die Wahrheit, dieses Gerüchts wird hier nur wenig bezweifelt; uns sollte es nicht befremden, wenn diese Conferenz in — Wien selbst stattgefunden hätte. Wir erinnern uns, und benutzen sie bei dieser Gelegenheit sehr deutlich, auch Andere daran zu erinnern, daß nach den März-Ereignissen, als Fürst Metternich, vor Deutschlands Rache flüchtig, den Boden Englands betrat, der Oesterreichische Gesandte, Graf v. Dietrichstein*), in seiner Eigenschaft als Gesandter in London, — der Erste war, der dem vertriebenen Ex-Staatskanzler, Fürsten v. Metternich, die Aufwartung machte. Uns, wie gesagt, uns — wundert gar nichts mehr.

In den Fractionen der 2. Kammer scheinen bedeutende Aenderungen vorzugehen. — So hat ein großer Theil der Fraction Mielenz dieselbe verlassen, weil er sich nicht mit der systematischen Opposition derselben einverstanden erklären kann. Desgleichen hat sich die Fraction der Stadt London getheilt, und davon 2 gebildet, die Eine unter v. Bodelschwingh und Geppert, die Andere unter Riedel. Eine fernere Fraction hat sich gebildet, welche größten Theils aus Schlesiern besteht.

☾ Berlin, den 2. Novbr. Der Jahrestag der Einführung der Reformation in Berlin ist von den hiesigen Unterrichts-Anstalten heute gefeiert worden. Ich habe keiner dieser Feierlichkeiten beigewohnt, weil ichs vorzog, die Schwurgerichts-Sitzung zu besuchen; denn ich hoffte, daß der Monstreprozeß gegen den Erzbetrüger v. Werder Schöndörffer und seine 8 Compagnons weiter verhandelt werden würde. Statt dessen aber saß ein Mädchen auf der Anklagebank, beschuldigt, ihre Schwangerschaft und Entbindung verheimlicht zu haben. Die Geschwornen sprachen über die Angeklagte das Schuldig aus und der Gerichtshof erkannte auf eine 8 jährige Strafarbeit. Wunderte ich mich schon, daß bei dieser Verhandlung Damen zugegen sein konnten, so mußte es mich vollends in hohem Grade befremden, daß sogar Kindern beiderlei Geschlechts der Zutritt gestattet war. Sie können sich denken, daß kitzliche Punkte besprochen wurden! — Im Zuhörer-Raume befand sich auch der Geheime Justizrath v. Caprivi; er geht in acht Tagen nach Brandenburg, woselbst er am 19. d. M. die Assisen als Präsident eröffnen wird. Zieglers Prozeß dürfte schon in den ersten Tagen nach der Eröffnung zur Verhandlung gelangen. — v. Caprivi und Ziegler haben als Auscultatoren zusammen gearbeitet. Männer, die mit Zieglers Antecedentien genau bekannt sind, können nicht begreifen, wie er, der unter dem Ministerium Rochow ganz und gar „Bückling" war, in neuester Zeit eine so bedeutende Schwenkung machen konnte. — Wie ich von einem hochgestellten Beamten heut gehört, wird Waldecks Prozeß erst nach dem 24. November vor dem Schwurgericht verhandelt werden, da bis zu diesem Datum schon sämmtliche Tage mit Prozessen besetzt sind. Ein Rescript des Justizministers, in diesen Tagen erlassen, fordert zur Beschleunigung dieses Prozesses auf. Daß man dem Tage, wo die Prozedur gegen Waldeck öffentlich sein wird, aus beiden Lagern mit Spannung entgegensieht, begreift sich schon. Schließlich noch einen erläuternden Nachtrag zu dem neulichen Besuche des Ministers v. Manteuffel bei Schluders in der Linienstraße. In einer Unterredung, die der Minister mit Herrn Malmène hatte, warf derselbe die Frage auf, wie die Stimmung in der Stadt sei? Herr Malmène sprach sich dahin aus, daß es wohl gut wäre, wenn der Herr Minister nicht blos immer durch Hörensagen Kenntniß von der herrschenden Stimmung erhielte. Wie kann ich anders? erwiederte rasch der Minister; ich kann doch nicht allein unter das Volk gehen, um mit eigenen Ohren zu hören? Nein, Excellenz, das sollen Sie auch nicht, ich erlaube mir, mich Ihnen als Begleiter anzubieten. Gut, ich folge Ihnen, mache jedoch zur Bedingung, daß Niemand von diesem Gange etwas erfährt; eben so wenig verlange ich aber auch vorher zu wissen, wohin Sie mich führen werden. So sprach der Minister. Bei eingetretener Dunkelheit verließ Herr v. Manteuffel still sein Hôtel; unter den Linden traf er mit Malmène zusammen, nahm hier den Namen Müller an, und — Müller und Compagnie schlugen nun ihren Weg nach der Linienstraße ein. Das Uebrige wissen Sie bereits. — Wie ich erfahren, hat dem Herrn Minister die „Weiße" so außerordentlich geschmeckt, daß er nächstens wieder eine Bürger-Tabagie besuchen wird. (?) Wir sichern ihm im Voraus das herzlichste Willkommen.

*) Dieser Gesandte war der Sohn jenes Prototyps aristocratischer Hofschmeichler, der, mit des gerechten Würdigung seines saubern Verfahrens vom ganzen Volke beehrten Oberhofmeisters Moritz Graf v. Dietrichstein, der die ersten Hofchargen auf eine Weise bekleidete, die ihm den Fluch des Volkes zuzog, was endlich, als dem guten Ferdinand die Augen geöffnet wurden, dessen, nicht eben rühmliche, Entsetzung von all seinen Aemtern zur Folge hatte.

♀ Berlin, den 3. November. Wo Begriffe fehlen, stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein, und wenn es an Thatsachen mangelt, tritt das Gerücht seine Herrschaft an. Das Letztere ist jetzt hier in außerordentlichem Maaße der Fall. Wie groß das Gebiet des tausendzüngigen Ungeheuers ist, wird Ihnen klar werden, wenn Sie erwägen, daß in einem längeren Zeitraume vier Raubmorde in unserer Stadt begangen sein sollen, deren Thäter man bis jetzt noch nicht entdeckt hat, die also vorläufig als müßige Erfindungen figuriren müssen. Aber mehr, als durch diese Kleinigkeiten werden die Berliner doch durch die Nachricht in Bewegung gesetzt, welche den Waldeck'schen Prozeß in diesem Monat zur öffentlichen Verhandlung kommen läßt. Ich bin indessen im Stande, diesem Gerüchte (denn mehr ist es nicht) bestimmt widersprechen zu können. In einer der für den November rubricirten öffentlichen Gerichtssitzungen wird die Waldeck'sche Sache nicht verhandelt werden, kommt sie dennoch an die Reihe, so ist sie eingeschoben. Das thut freilich der hiesigen Mittheilungslust nicht den geringsten Abbruch, und um sich für eine etwaige Niederlage durch die Wahrheit zu rächen, lassen die Mährchenerfinder die 1. Kammer am 5. d. M. aufgelöst werden. Ich widerspreche zwar auch diesem Gerücht, zweifle aber nicht daran, daß es hier Leute giebt, welche dies Auflösungsdekret schon gesehen haben.

Berlin, den 3. Novbr. (Const. Ztg.) Die Abgeordneten für die Kreise Ober- und Nieder-Barnim, welche auch die Städte Angermünde und Prenzlau vertreten, sind von ihren Kommittenten eingeladen, Rechenschaft über ihre bisherige Wirksamkeit in der Kammer zu geben, namentlich über ihr Verhalten in der Steuerverwilligungsfrage. Die Betheiligten haben sämmtlich eine hervorragende Stellung in dieser Frage eingenommen. Unter ihnen befinden sich Graf Arnim, Prof. Stahl, Prof. Keller, Prof. Riedel. ꝛc. — Durch unseren berühmten Operateur Langenbeck wurde gestern eine sehr merkwürdige Operation vollzogen. Der Patient, ein Knabe von vier Jahren, hatte einen Blasenstein von der Größe eines kleinen Hühnereies, von welchem ihn der geniale Operateur befreite. — Seit einigen Tagen sind in verschiedenen Theilen unserer Stadt Subscriptionslisten in Umlauf gesetzt, zum Besten der Deutschen Flüchtlinge in der Schweiz. — Nachdem die Menge der Flüchtlinge in Griechenland die Zahl von 2000 bereits überstiegen, hat die Regierung der weiteren Einwanderung durch Befehle an ihre Konsuln, keine Päße weiter zu visiren, Einhalt setzen müssen. Die Nomarchen sind angewiesen, jeden Flüchtling, der kein Paßvisa eines Griechischen Consuls aufzuweisen hat, zurückzuweisen. — Die Englische Flotte ist auf der Höhe der Insel Aegina gesehen worden und bewegt sich nach Smyrna und den Dardanellen.

☐ Breslau, den 2. November. Der hiesigen Garnison wurde bei der Parole das Erkenntniß 2ter Instanz wider den Referendarius Bartsch von hier, welcher in erster Instanz freigesprochen, vom Appellationsrichter wegen Versuchs zur Verleitung der Soldaten zum Ungehorsam und zur Pflichtverletzung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden ist, mitgetheilt.

— Heute Vormittag um die sechste Stunde ist Ihre Majestät so wie die Prinzessin Amalie von Sachsen nebst Gefolge mit einem Extrazuge der Oberschlesischen Eisenbahn weiter gereist. —

Seitens der hiesigen Stadt-Bau-Deputation werden vom 29sten vorigen bis inclusive 3. d. M. 17 Zimmergesellen, 36 Maurergesellen, 6 Steinsetzer und 196 Tagearbeiter bei öffentlichen Bauten beschäftigt. (Schlef. Ztg.)

Stettin, den 31 Oktober. In Stralsund wurden kürzlich von einem Kaufmann Friedemann, angeblich aus Christiania, an einen Handelsmann für 858 Rthlr. Silberbarren verkauft, die zur Einschmelzung auf die Königl. Münze nach Berlin gesandt, dort als Blei erkannt wurden. Der pp. Friedemann ist hier am 29sten verhaftet worden und man fand bei demselben außer einigen Pretiosen und 150 Rthlr. Geld baar ein in hebräischer Sprache abgefaßtes Recept, Gold zu machen. (Ostf. Ztg.)

Königsberg, den 29. Oktober. (Schles. Ztg.) Den Beschluß der Stadtverordneten von Tilsit, dem Appellationsgerichts-Direktor Temme das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, hat der dortige Magistrat die Genehmigung verweigert. Er stützt sich dabei auf §. 22. der Städteordnung, wonach Niemand das Bürgerrecht gewinnen könne, der wegen Verbrechen in Kriminal-Untersuchung sei, weshalb auch dem ꝛc. Temme vor beendigter Kriminal-Untersuchung das Ehrenbürgerrecht nicht zu Theil werden dürfe. Hier hat übrigens der Beschluß der Tilsiter Stadtverordneten durchaus kein Befremden erregt; Sommerfeld und der Zeughausstürmer Kühr sind die leuchtenden Sterne der dortigen Demokratie. — Wie man hört, soll die Voruntersuchung gegen Jacoby in Betreff seiner Betheiligung an dem Stuttgarter Parlamente bereits beendet sein. Bekanntlich schwebt aber gegen Jacoby diese Untersuchung nicht allein, sondern auch die über die Beschlagnahme der Briefschaften an den kommandirenden General und das Oberpräsidium, welche er im März v. J. gewaltsam durchführte.

Münster, den 30. Oktbr. Nach Paderborn sind heute von hier 200 Mann des 13. Infanterie-Regiments abgegangen, um die Ruhe zwischen den dort erst kürzlich eingerückten Mannschaften des 3. Husaren-Regiments und einem Theile der Bürgerschaft herzustellen, welche durch blutige Conflikte gestört worden ist. Auch confessionelle Anfeindungen werden beiden Theilen zur Last gelegt. Außer verschiedenen anderen schweren Verwundungen ist auch der Polizei-Commissar bedeutend durch einen Säbelhieb verletzt worden. Ein Theil der Bürger ist von der städtischen Behörde bewaffnet worden, hoffentlich, nur um als Schutzmannschaft zu agiren. (Köln. Ztg.)

Paderborn, den 28. Okt. Der gestrige Abend ist ziemlich ruhig verlaufen; die Soldaten waren in der Kaserne consignirt, ihre Wuth gegen die Paderborner war aber noch so wenig besänftigt, daß sie einzelne ruhig an der Kaserne vorübergehende Bürger mit Steinwürfen verfolgten; namentlich wurden nach einem hiesigen Rechts-Anwalt, der ganz einsam und nichts Arges ahnend dort vorbeiging, drei schwere Steine über die Mauer des Kasernenhofes geschleudert; der Thäter muß entweder auf einer Leiter oder, wie auch behauptet wird, auf den Schultern seiner Cameraden gestanden haben. Weiter gehenden Unordnungen und Conflicten wurde durch eine Abtheilung Bürgerwehr vorgebeugt. Morgen werden uns, wie es heißt, diese sauberen Gäste, Gott Lob! verlassen. Es sind nämlich Reservisten, welche vorzugsweise oder allein bei diesen Scandalen betheiligt waren; sie haben die Kämpfe in Dresden, Schleswig-Holstein und Baden mitgemacht und haben nun zum Schlusse, vor ihrer Entlassung in die Heimat, noch ihren Heldenmuth, oder richtiger: Soldaten-Uebermuth an den Paderbornern erproben wollen; doch muß zur Steuer der Wahrheit bemerkt werden, daß auch die Soldaten mitunter gereizt und mehrere Mal mit den Worten: „Bluthunde, die unsere Brüder in Baden geschlachtet!" begrüßt worden sind; ferner, daß in Neuhaus in Folge der dort ausgebrochenen Raufereien ein Soldat auf der Straße überfallen und mit mehreren Messerstichen verwundet worden ist. Ihr hiesiges brutales und sinnloses Wüthen kann zwar dadurch nicht gerechtfertigt, ja, nicht einmal entschuldigt werden; es wird aber dadurch erklärlich und auch einer richtigeren Beurtheilung fähig. (Köln. Ztg.)

Paderborn, den 30. Oktober. (Köln. Ztg.) Die Ruhe ist zu Paderborn nicht weiter gestört worden. Gestern theilte das Militair-Commando dem Magistrate mit, daß es den Husaren nun wieder gestattet sei, bis 9 Uhr Abends außer der Caserne zu bleiben, und daß Militair-Patrouillen bis 9½ Uhr die Straßen durchziehen, um jeden Soldaten, der sich etwas zu Schulden kommen läßt, sofort nach der Caserne zu schicken, erforderlichen Falls zu arretiren — daß sie die Civilpersonen, welche die Patrouillen beschimpfen oder gar thätlich gegen sie werden würden, arretiren und nöthigen Falles von den Waffen Gebrauch machen könnten. — Heute um 1 Uhr Nachmittags sind circa 100 Mann Cuirassiere aus Lippstadt zu Paderborn eingetroffen und mit ihren Pferden bei den Bürgern einquartiert worden.

Stuttgart, den 30. Oktober. (Köln. Ztg.) Ein Wort über die neuen Minister. — von Schlayer war vor den Märztagen Minister des Innern und wird seit Jahren stets als einer der fähigsten, wenn nicht als der fähigste Staatsmann unseres Landes allgemein anerkannt. Er ist aus einer sehr liberalen Schule („liberal", aber doch nur im bureaukratisch-rationalistischen und nicht im heutigen Sinne des Wortes) hervorgegangen, und deshalb haben sich auch unter seiner früheren Verwaltung liberal-gesinnte Männer (im vormärzlichen Sinne) stets seiner vollsten Protektion erfreut. Die Herren Schoder, Seeger, Zeller, Pfeiffer ꝛc. verdanken alle dem Minister Schlayer ihre ungewöhnlich schnelle Carriere. In ihm werden wir einen eben so erfahrenen als energischen Minister des Innern besitzen, dessen Wirken freilich durch die Vermächtnisse des Ministeriums Duvernoy (dessen Verlassenschaft er vielleicht nur cum beneficio inventarii antreten dürfte) mit großen Schwierigkeiten wird zu kämpfen haben. Der neue Finanzminister von Herdegen diente vor Jahren schon in gleicher Eigenschaft dem Staate und erfreute sich durch gewissenhafte, umsichtige Verwaltung und durch die strengste, geregeltste Oekonomie im Staatshaushalte der allgemeinsten Achtung. Er trat vor Jahren von seinem Amte zurück, weil er als entschiedenster Gegner der Eisenbahn-Bauten in Würtemberg deshalb mit der Krone in Konflikte, welche sein Ausscheiden aus der Staatsregierung erforderlich machten, gerieth. Der Staatsrath Wächter-Spittler (jetzt Minister des Kultus) ist ein tüchtiger, durchbildeter Kopf, welcher schon seit Jahren als Mitglied des Geheimrathes und der Kammer der Standesherren durch viele ihm anvertraute Arbeiten Zeugniß umfassender Kenntniß und staatsmännischer Erfahrung ablegte. Der neue Justizminister Hänlein gilt allgemein für einen sehr tüchtigen Juristen. Der Kriegsminister, Oberst von Baur, welcher unter der früheren Verwaltung schon während mehrerer Jahre das Kriegs-Ministerium gewisser Maaßen leitete, wird von allen Seiten als einer der fähigsten Offiziere der Armee, mit einem zuverlässigen, ehrenwerthen Charakter genannt. Schlayer ist übrigens ein entschiedener Anhänger Oesterreichs, und dasselbe gilt, wie man hört, von dem zu erwartenden Minister des Auswärtigen, Hrn. v. Reinhardt, gegenwärtig Gesandter in Berlin, und Beide werden die Deutsche Politik Würtembergs bestimmen. Bis jetzt verhält sich das Publikum dem Erscheinen des neuen Ministeriums gegenüber vollkommen ruhig.

Oesterreich.

LNB Wien, den 1. November. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Einkommensteuer der Diskussion ein weites Feld eröffnen wird. Außer dem höheren Steuerprozent, das hierbei noch die Grund- und Hausbesitzer trifft, entbehren dieselben der Befreiung, welche den Beamten bis zum Einkommen von 600 Fl., den Rentiers bis zu jenem von 300 Fl. zugestanden wird, wogegen der kleinste Häusler nebst seiner Grundsteuer die Einkommensteuer zu tragen hat. Ueberdies kömmt den Beamten eine weitere Begünstigung in der Befreiung von Funktionszulagen zu Gute. — Die von den heutigen Blättern mitgetheilte neue Eidesformel für die Staatsbeamten zeichnet sich durch würdige, umfassende und klare Fassung besonders aus. — Der neu zu oktroyirenden Gemeindeordnung für Wien sieht man entgegen. — Die Sicherheitsbehörden sind ermächtigt worden, häusliche Untersuchungen auch ohne Ermächtigung in folgenden Fällen vorzunehmen: 1) Im Falle der Verfolgung auf frischer That; 2) bei öffentlichen Lokalitäten, wenn Haus- und Wohnungsinhaber die Durchsuchung verlangen; 3) bei vorhandenen Anzeigen, daß Werkzeuge, womit das Verbrechen verübt wurde, oder davon herrührende Gegenstände im Hause verborgen sind; 4) bei Aussagen eines glaubwürdigen Zeugen, des Thäters oder eines Mitschuldigen. — Heute wurde das erste Heft des Reichsgesetz- und Regierungsblattes in allen zehn, im Kaiserthume üblichen Landessprachen in Wien ausgegeben und versendet. — Eine durchgreifende Reform des Sanitätswesens wird nächstens vorgenommen werden. — Ein heute kundgegebenes Patent betrifft die Einführung des allgemeinen Grundsteuer-Katasters und eines dermal eintretenden Provisoriums für Croatien und Slavonien, in derselben Art und Weise, wie solches bereits für Ungarn und Siebenbürgen erfolgt. — In ihrem halboffiziellen Theile enthält die heutige Wiener Zeitung eine ausführliche Darlegung des kriegsrechtlichen Verfahrens, woraus das Todesurtheil über den Grafen Batthyany floß. Es geht unter anderem daraus hervor, daß derselbe an der in Wien stattgefundenen Catastrophe des 6. Oktober v. J als Theilnehmer schuldig befunden worden sei, indem er dem Pulski Geldmittel zur Gewinnung der Sympathien in Wien für Ungarn zur Verfügung stellte. Auch sei er durch Zeugen überführt worden, am 7. Okt. einem seiner Bekannten in Oedenburg die Ermordung Latours als ein für ihn erfreuliches Ereigniß mit den Worten mitgetheilt zu haben: „Weißt Du schon, der Hundsfott Graf Latour hängt bereits; nun stehen unsere Aktien in Ungarn besser." Die leitende Idee in diesem Aufsatze ist jedoch, daß Batthyany die Ungar. Empörung höchst wirksam unterstützt und gewissermaßen repräsentirt hat. — FZM. Haynau hat in Preßburg eine Anzahl der minder gravirten Gefangenen aus dem Civilstande, so wie auch die bereits zu höchstens 1 Jahr Arrest Verurtheilten in Freiheit setzen lassen; demzufolge 56 Inhaftirte aus dem Gefängnisse entlassen wurden. — Laube's „Struensee" ist im Hofburgtheater mit vielem Beifall aufgenommen worden. Der Kaiser, so wie der ganze Hof wohnten der Vorstellung bei, die auffordernd auch ein gewähltes Publikum herbeizog. Die Vorstellung erhielt eine eigenthümliche Bedeutung durch die Lebhaftigkeit, mit welcher das gesammte Publikum eine bezugreiche Stelle aufnahm und mit minutenlanger Zustimmung begleitete. — Das Stück hat die Kritik wach gerufen, die sich nun angelegentlich damit beschäftigt und ihm das Verdienst eines gut gegliederten Bühnenstücks zuschreibt, aber auch nicht die Bemerkung unterdrücken kann, daß mit dem „Struensee" die eigentliche dramatische Literatur nicht bereichert wird, und er nur ein ephemeres Dasein genießen dürfte. Laube wurde nach dem zweiten und dritten Akte gerufen, was am Ende nicht geschah und den Beweis liefert, wie die Erwartungen, zu welchen der Anfang berechtigte, nicht erfüllt wurden. — Das Gerücht erhält sich, daß Laube Dramaturg am Burgtheater wird.

Krakau, den 27. Okt. Der Administrations-Rath des Krakauer Kreises macht bekannt, daß wegen der im Krakauer Gebiet seit einiger Zeit öfter vorgekommenen Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit, als Straßenraub, Todtschlag und Mord, das K. K. Ministerium der inneren Angelegenheiten und der Justiz beschlossen hat, im Territorium des Großherzogthums Krakau das Standrecht verkündigen zu lassen. Es wird daher ein jeder, der von jetzt an des Straßenraubes, Mordes und Mordbrennens überführt wird, dem Standrechte gemäß sofort mit dem Tode bestraft werden. (Schl. Ztg.)

Frankreich.

Paris, den 30. August. (Köln. Ztg.) In der heutigen Sitzung der National-Versammlung ergreift Coralli (von der Linken) das Wort, um seinen Vorschlag zu vertheidigen, der auf die Russisch-Türkische Frage Bezug hat, und in folgenden Ausdrücken abgefaßt ist: „In Gegenwart der Verwickelungen, welche die Unabhängigkeit des Sultans und die Integrität des ottomanischen Reiches bedrohen, fordert die Versammlung, in dem Wunsche, über die Erhaltung des Gleichgewichts und des Friedens in Europa zu wachen und der Sprache Frankreichs mehr Gewicht zu geben, das Ministerium auf, von allen unterzeichnenden Mächten die strenge Vollstreckung des Vertrags vom 15. Juli 1840, an dem Frankreich durch den Tractat vom 15. Juli 1841. mit Antheil genommen hat, zu verlangen." Die Berichterstattungs-Commission hat darauf angetragen, den Vorschlag gar nicht zu berücksichtigen, hauptsächlich, weil es die schwebenden Unterhandlungen compromittiren könnte, wenn man den Stand der Russisch-Türkischen Frage, wie dies nöthig sein würde, einer öffentlichen Discussion unterwerfen wollte. Die Versammlung, befragt, verweigert die Inbetrachtnahme des Coralli'schen Vorschlags mit der gewohnten compacten Majorität. — Benoit d'Azy vertheidigt im Namen der Commission für das Budget einen Vorschlag zu einer ausgedehnten großartigen Untersuchung über den Zustand der Französischen Marine. Er deutet dabei auf die seit längerer Zeit zur Sprache gekommenen Verschleuderungen und Unterschleife in dem Marinehaushalt hin. Collas behauptet, daß trotz der seit Jahren ausgegebenen Millionen Frankreich keine nennenswerthe Marine habe, während Rußland und England bedeutende Flotten besäßen und sogar Deutschland in Bewegung sei, um sich eine Flotte zu verschaffen. Frankreich habe in diesem Augenblick, wo ganz Europa erschüttert sei, nur siebenundsiebenzig Schiffe, worunter sechs Linienschiffe, zehn Fregatten und eilf kleinere Fahrzeuge, vollständig ausgerüstet, während es seit neunzehn Jahren 1561 Mill. Fr. für seine Flotte ausgegeben habe. Wenn die Unordnung in der Marine fortdauere, wie bisher, so lasse sich der Augenblick berechnen, wo Frankreich gar keine Marine mehr haben werde. Sonst habe man sich an den König und seine Regierung dafür halten können, jetzt aber werde das Volk seiner durch das allgemeine Stimmrecht erwählten souverainen National-Versammlung die Verantwortlichkeit für die Fortdauer eines solchen Zustandes aufbürden. (Diese Rede, die nahe an zwei Stunden dauert, wird mit großer Aufmerksamkeit gehört und sowohl rechts, als links häufig von Beifallsbezeugungen unterbrochen. Als Beweis, wie gewissenhaft die Marine-Verwaltung verfahre, führt der Minister an, daß dieser Tage der zu Toulon commandirende Vice-Admiral an ihn geschrieben habe, um von ihm die Erlaubniß nachzusuchen, in Betracht der zu Toulon herrschenden Cholera den barmherzigen Schwestern — einen Kochkessel zu leihen. (Heiterkeit.) Die Aeußerung des vorhergehenden Redners, daß Frankreich keine Marine habe, sei eine unüberlegte Uebertreibung, und das Land werde sehen, daß es eine Marine habe, so oft es derselben bedürfen werde. Die weitere Discussion wird auf morgen vertagt.

— Zu Versailles ward gestern das Zeugenverhör fortgesetzt, die Aussagen boten jedoch kein weiteres Interesse dar. (K. Z.)

Paris, den 31. August. (Köln. Ztg.) Rücktritt des gesammten Ministeriums. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung empfängt der Präsident ein Papier: es ist eine Botschaft des Präsidenten. Man erwartet mit Ungeduld das Resultat einer namentlichen Abstimmung über einen unbedeutenden Gegenstand. Endlich lies't der Präsident unter tiefem Schweigen der Versammlung folgende

Botschaft des Präsidenten der Republik:

In den ernsten Umständen, worin wir uns befinden, kann die Uebereinstimmung, welche unter den verschiedenen Staatsgewalten herrschen muß, nur Bestand haben, wenn sie sich, von gegenseitigem Vertrauen beseelt, die eine der andern gegenüber freimüthig aussprechen. Um das Beispiel dieser Aufrichtigkeit zu geben, werde ich der Versammlung kund machen, welches die Gründe sind, die mich bestimmt haben, das Ministerium zu verändern und mich von Männern zu trennen, deren ausgezeichnete Dienste ich mit Freuden anerkenne und denen ich Freundschaft und Dankbarkeit gewidmet habe. Um die von so vielen Seiten durch die Anarchie bedrohte Republik zu befestigen, um die Ordnung wirksamer zu sichern, als es bis zum heutigen Tage der Fall war; um im Auslande den Namen Frankreichs auf der Höhe seines Ruhms zu erhalten, sind Männer nothwendig, welche, von patriotischen Gesinnungen beseelt, die Nothwendigkeit einer einigen und festen Leitung und einer klar dargelegten Politik begreifen, welche die Gewalt durch keinerlei Unentschlossenheit bloß stellen, welchen meine eigene Verantwortlichkeit eben so sehr als die ihrige, und das Handeln eben so sehr als das Wort am Herzen liegt. (Unterbrechung; längere Sensation.) Seit bald einem Jahre habe ich so viele Beweise der Selbstverläugnung gegeben, daß man sich über meine wahren Absichten nicht täuschen kann. Ohne Groll gegen irgend eine Persönlichkeit, so wie gegen irgend eine Partei, habe ich Männer der verschiedensten Ansichten an die Geschäfte gelangen lassen, jedoch ohne die glücklichsten Resultate zu erzielen, welche ich von dieser Annäherung erwartete. Statt eine Verschmelzung der Schattirungen zu bewirken, habe ich nur eine Neutralisirung der Kräfte erlangt; die Einheit der Ansichten und Absichten ist gehemmt, der Geist der Versöhnung für Schwäche genommen worden. Kaum waren die Gefahren der Straße vorüber, als man die alten Parteien ihre Fahnen wieder erheben, ihre Nebenbuhlerschaften wieder aufwecken und durch Ausstreuen von Besorgniß das Land beunruhigen sah. Inmitten dieser Verwirrung sucht Frankreich, in Unruhe, weil es keine Leitung sieht, die Hand und den Willen des Gewählten vom 10. Dezember. (Unterbrechung.) Dieser Wille aber kann nur sich fühlbar machen, wenn eine völlige Gemeinsamkeit der Gedanken, der Ansichten, der Ueberzeugungen zwischen dem Präsidenten und seinen Ministern besteht und wenn die Versammlung selbst sich dem nationalen Gedanken associirt, dessen Ausdruck die Wahl der vollziehenden Gewalt gewesen ist. Ein ganzes System hat am 10. Dezember triumphirt, denn der Name Napoleon ist für sich allein ein ganzes Programm. Er bedeutet im Innern: Ordnung, Autorität, Religion, Wohlfahrt des Volkes; nach außen: Nationalwürde. Diese durch meine Wahl inaugurirte Politik ist es, welche ich mit dem Beistande der Versammlung und jenem des Volkes triumphiren machen werde. Ich will des Vertrauens der Nation würdig sein, indem ich die Verfassung aufrecht halte, welche ich beschworen habe; ich will dem Lande durch meine Hingebung, meine Beharrlichkeit und meine Festigkeit ein solches Vertrauen einflößen, daß die Geschäfte wieder in Schwung kommen und daß man Glauben an die Zukunft hat Der Buchstabe einer Verfassung übt ohne Zweifel einen großen Einfluß auf die Geschicke des Landes, aber die Weise, wie er vollzogen wird, übt vielleicht einen noch größeren. Das Mehr oder Weniger der Dauer der Gewalt trägt gewaltig zur Stabilität der Dinge bei; aber auch durch die Ideen und Grundsätze, welche die Regierung geltend zu machen weiß, wird die Gesellschaft beruhigt. Richten wird also die Autorität wieder auf, ohne die wahre Freiheit zu beunruhigen. Beschwichtigen wir die Befürchtungen, indem wir kühn die neuen Leidenschaften zähmen und allen edlen Trieben eine nützliche Richtung geben; befestigen wir das religiöse Prinzip, ohne irgend etwas von den Errungenschaften der Revolution aufzugeben, und wir werden das Land retten trotz der Parteien, der Ehrgeize und sogar der Unvollkommenheiten, welche unsere Institutionen etwa enthalten könnten.

— (Constit. Ztg.) Der Courrier Français enthält einen Brief von Gustav Struve, datirt Havre den 19. dieses Monats und an einen seiner Freunde gerichtet, in welchem er vor seiner Einschiffung nach England von demselben Abschied nimmt und die Hoffnung ausspricht, er werde bald nach Deutschland zurückkehren,

„um gegen die sechs Geißeln der Menschheit: Das Königthum, den Adel, die Beamten, die Armee, die Geistlichkeit und die Finanzen zu kämpfen.“ Wir wünschen dem zukünftigen Befreier Deutschlands glückliche Reise und fragen ihn, ob sein Groll gegen die Finanzen vielleicht nur ein dépit amoureux ist? — Die Polizei läßt das Journal Mazzini's: L'Italia del Popolo nicht mehr über die Grenze kommen, wogegen die Blätter der Opposition heftige Beschwerde führen. — Die Selbstmorde nehmen in Paris auffallend zu. Gestern hat sich wieder ein Mann von einem der Thürme von Notre-Dame herabgestürzt. Sein Körper, von einem Gerüst, dem er unterwegs begegnete, wieder abgeprallt, zerschmetterte sich auf dem Straßenpflaster. In einem auf dem Thurm zurückgelassenen Briefe bittet er seine Mutter wegen des Kummers, den er ihr unter dem Drange der Nothwendigkeit bereite, um Verzeihung. — Allen Mittheilungen zufolge kommt die Arbeit in Paris mehr und mehr in Aufnahme. Fast alle Gewerbe sind wieder in reger Thätigkeit. Sogar die Bauten, die so longe in gedrücktem Zustande waren, beginnen wieder an mehreren Punkten. Die Bestellungen für die Ausfuhr werden alle Tage bedeutender, besonders was Modewaaren, fertige Kleider, Gold- und Silberwaaren, Papparbeiten, Spielsachen u. dgl. betrifft. Der Buchhandel leidet noch am meisten. Allein im Allgemeinen hofft man in Bezug auf alle Geschäfte einen weit günstigeren Winter als den verflossenen.

Großbritanien und Irland.

London, den 31. Oktober. Der 5. November, der Jahrestag der Pulver-Verschwörung, wird — da die Regierung Vorkehrungen gegen etwaige Störungen des Friedens, die man in der Irischen Provinz Ulster befürchtete, getroffen hat, und da selbst mehrere der einflußreichsten Männer von der Partei der Orangisten, z. B. der abgesetzte Lord Roden, sich gegen Demonstrationen ausgesprochen haben — wahrscheinlich ruhig vorübergehen. — In der Grafschaft Clare beeilen sich die Pächter, den Ertrag ihrer Aernte so schnell wie möglich zu verkaufen, sowohl weil die Noth sie dazu drängt, als auch, um Getreide und Kartoffeln nicht eine Beute des gutsherrlichen Agenten oder des Steuer-Einnehmers werden zu lassen. Zugleich sind sie dadurch in die Lage versetzt, im Falle die Nichtherabsetzung des Pachtzinses sie zur Veränderung des Wohnsitzes zwingen sollte, ihre Behausung ohne Verzug zu verlassen. — Seit einer Woche sitzt im Schatzkammergericht zu Dublin die Commission, die mit Ausführung der Parlaments-Acte, welche die Erleichterung des Verkaufs verschuldeter Güter bezweckt, beauftragt ist. Sie hat ihre Sitzungen auf 14 Tage vertagt. Unter anderen werden die Besitzungen John O'Connell's, welche sich in einer höchst kläglichen Lage befinden, wahrscheinlich ihren Herrn wechseln. — Bei der gestern Statt gefundenen Eröffnung der Londoner Kohlenbörse waren unter anderen hochstehenden Personen der Herzog von Cambridge, der Herzog von Wellington, Lord John Russell, Sir Robert Peel, Sir G. Grey und ein großer Theil des diplomatischen Corps gegenwärtig. Zum Danke für die Bemühungen des Lord Mayors bei dieser Gelegenheit hat die Königin ihn zum Baronet ernannt. — Eine Versammlung des Friedensvereins hat gestern in Exeter Hall Statt gefunden; Hauptredner war Hr. Cobden. Unter den Anwesenden befand sich General Klapka. (Köln. Ztg.)

Niederlande.

Aus dem Haag, den 30. Oktober. Das neue Ministerium ist endlich gebildet. Die „Staatscourant“ enthält die Königlichen Erlasse, durch welche ernannt werden: zum Justizminister Herr Nedermeyer, Ritter van Rosenthal, Mitglied der zweiten Kammer, an die Stelle des Herrn Sichers, der sein Amt als Mitglied des Staatsrathes wieder antritt; zum Minister des Innern Herr Thorbecke, Mitglied der zweiten Kammer, an die Stelle des Herrn van Kempenaer; zum Minister des Auswärtigen Herr van Sonsbeck, Mitglied des Staatsrathes, an Lightenvelt's Stelle; zum Marine-Minister Vice-Admiral Lukas, an des Contre-Admirals und interimistischen Marine-Ministers van den Bosch Stelle; zum Kriegsminister General-Major Splengler, an General Voet's Stelle; zum Colonial-Minister Herr Pahud, General-Sekretair im nämlichen Departement, an des Contre-Admirals van den Bosch Stelle. Herr van Bosse wird sein Amt als Finanz-Minister behalten. Die Demission der Herren van Heemstra, Ministers des reformirten Cultus, und Mutsaers, Ministers des katholischen Cultus, ist angenommen. Die Attributionen des ersteren Departements sind mit dem Ministerium des Innern und jene des zweiten mit dem Ministerium des Auswärtigen vereinigt. Herr Borye ist zum Finanz-Direktor ernannt und Herrn van Bosse beigegeben. — Die „Staatscourant“ hat eine lange Liste von Orden veröffentlicht, welche Russischen Ober-Offizieren verliehen worden sind, die in Ungarn gekämpft haben. Die „Rotterdamsche Courant“ tadelt diese Maßregel entschieden und erwartet, daß dieselbe beim Wiederbeginne der Kammer-Sitzungen Interpellationen veranlassen werde. (Köln. Ztg.)

Italien.

Rom, den 20. Oktober. (Const. Ztg.) Der Minister Galli ist, nachdem sein früherer Plan von der Finanzkommission verworfen worden, mit einem neuen hervorgetreten. Es ist dies eine Art System indirekter Besteuerung. Jeder Gemeinde wird demzufolge von der Landesregierung nach Verhältniß ihrer Bevölkerung die Zahlung einer mehr oder minder größeren Summe auferlegt, und ihr ganz überlassen, wie sie die Aufbringung derselben und die Vertheilung unter die Gemeindeangehörigen bewirken will. Die Kommission zur Revision der Gesetze ist ganz in der Form des Jahres 1846 wieder ins Leben getreten.

Türkei.

Konstantinopel, den 20. Oktbr. Bem hat aus Widdin folgendes Schreiben an den Sultan gerichtet: Sire! Ich habe jederzeit gegen den Kaiser von Rußland — Ihren und unseren Feind — gekämpft; ich that es zuletzt in Ungarn, stets von demselben Gefühle gedrängt. Eure Majestät kennt die Hindernisse, welche den Erfolg unserer Waffen aufgehalten haben. Heute will ich meine schwachen Mittel und meine Ergebenheit Euer Majestät zu Gebote stellen, um gegen den gemeinsamen Feind, den Kaiser von Rußland, zu kämpfen und um Ihnen eine Garantie für meinen Eifer und meine Ergebenheit zu liefern, erkläre ich, zum Islam übertreten zu wollen. (Schles. Ztg.)

Jonische Inseln.

Nachrichten aus Corfu vom 20. Okt. melden, daß Theodor Vlacco, der Führer des Aufstandes in Cephalonia, an jenem Tage hingerichtet worden ist.

Vermischtes.

Wir bemerkten einmal, daß die Zeitungen, in Ermangelung interessanter Neuigkeiten, stets die bekannte Seeschlange von Zeit zu Zeit wieder auftauchen lassen; seit zwei Monaten scheint Lola Montez die Seeschlange ersetzen zu wollen. Die letzte Spanische Kabinets-Intrigue wenigstens hat nicht mehr Aufsehen erregt als die letzte Affaire der Lola Heald zu Tortosa. Es scheinen sich bösartige Intriguanten zwischen den sechs Fuß langen schwindsüchtigen Gardelieutenant und die celebre Donna gedrängt zu haben, der Dolchstich scheint indessen nur eine voreilige Behauptung gewesen zu sein. Nach einem Schreiben aus Barcelona vom 20. Oktober hat der gute Heald der Lola Montez 48 Stunden nach seiner Abreise aus Mataro einen Brief geschrieben, in welchem er demüthigst Abbitte leistet und ihre Verzeihung anfleht; er bat darin, sie möge großmüthig sein und ihm die Erlaubniß geben, zurückzukehren und sich ihr zu Füßen zu werfen. Der Pantoffelheld endete seinen Brief mit den Worten: „Meine Lola, wenn Du Dich jemals wieder über mich zu beklagen hast, zeige mir diesen Brief, er wird Dein Talisman sein!“ Madame Heald reiste den folgenden Tag mit der Eisenbahn ab und führte einige Stunden später Herrn Heald triumphirend zurück; nach seiner Erklärung hat man ihn wie ein junges Mädchen entführt; aber kaum sah er sich von seiner Frau getrennt, als er zu ihr zurückkehren wollte, und es war fast Gewalt nöthig, um ihn bis Figueras zu führen. Dreimal versuchte er zu entwischen. Er bohrte auf dem Wege einen Nagel in den Huf eines Maulthiers, um die Reise zu verzögern, in der Hoffnung, daß Lola ihn einholen werde; endlich vermochte man ihn nicht weiter zu führen. Nachdem er in Mataro angelangt, wollte man ihn verhindern zurückzukehren; von dieser Stadt aus schickte er ein anonymes Schreiben an Lola, und ersuchte sie, ihm zu folgen und sich wieder mit ihm zu vereinigen. Bei seiner Frau in Gnade aufgenommen, beklagte sich Herr Heald über alle Diejenigen, die ihn bestimmt hatten, seine Ketten zu brechen. Madame Heald ist wüthend, ihre Augen schleudern Blitze und wenn sie Denen begegnen sollte, welche sie von ihrem Manne trennen wollten, kann man nicht wissen, was sich ereignen dürfte. Man versichert, daß sie eine Denkschrift über ihre letzten Abenteuer veröffentlichen will. — Was für ein Weib, aber auch was für Männer. Es fehlt dieser Lola, um Messalina zu werden, nur an dem Römischen Zeitalter und einem Kaiser; sie war unglücklich genug, im 19. Jahrhundert geboren zu werden und nur einen Deutschen Fürsten zu finden! (Const. Ztg.)

Kammer-Verhandlungen.

46ste Sitzung der zweiten Kammer vom 2. November. (Eröffnung der Sitzung $12\frac{1}{4}$ Uhr.)

Am Ministertische: von Manteuffel, v. Rabe, v. Griesheim als Vertreter des Kriegsministers, Geh. Finanzrath Mellien.

Auf der Tagesordnung steht: Bericht der für die Prüfung der Gesetzesvorlage über den Bau der Ostbahn, der Westphälischen und der Saarbrücker Eisenbahn ernannten Kommission.

v. d. Heydt: Ich lege zwei Gesetzentwürfe vor. Die Actionaire der Aachen-Düsseldorfer Gesellschaft haben 5 Proc. erhoben, und die Bahn ist genöthigt worden, gegen die Actionaire klagend einzuschreiten. Die Regierung soll nun eine Zinsgarantie auf $3\frac{1}{2}$ pCt. Zinsen übernehmen. Die zweite Vorlage giebt einen Gesetzentwurf für die Ermäßigung der Briefportotaxe. Durch den 18. August 1844 ist schon darin eine Ermäßigung eingetreten. Eine Ermäßigung des Geldportos ist nach der von 1848 nicht mehr nöthig, wohl aber des Briefportos. Das Bedürfniß des Correspondirens ist gewachsen. 1847 traten in Dresden Bevollmächtigte der deutschen Postverwaltungen zusammen, und einigten sich zu billigen Portosätzen. Es traten Schwierigkeiten ein, im Laufe dieses Jahres ist mit einzelnen Posten aber schon abgeschlossen, mit andern wird in kürzester Frist abgeschlossen werden. Es würde das Porto bis zu 10 Meilen einen, bis zu 20 Meilen zwei, und über 20 Meilen drei Sgr. kosten. Als einfach soll jeder Brief betrachtet werden, der nicht über 1 Loth wiegt. Man kann bei der Portoerhebung zwei Systeme verfolgen: daß man entweder nur nach einem einzigen Satze erhebt (wie in England), oder daß man verschiedene Sätze nach den Entfernungen annimmt. Wir haben das letztere beibehalten, so aber, daß wir statt der bisherigen 6 Sätze nur 3 haben wollen. Die Abschaffung des Bestellgeldes konnte ich nicht befürworten, wohl aber die Gleichstellung des Bestellgeldes für Packete mit dem für Briefe.

Beide Gesetzentwürfe gehen an die Finanzkommission.

Man geht zur Tagesordnung über. Eine Reihe von Amendements wird verlesen, die zum Theil nur spärlich unterstützt werden. Ein Amendement v. Simson will die Ostbahn aus den Beständen des Eisenbahnfonds und sonstigen etatsmäßigen Einnahmen hergestellt wissen. Insoweit dies aber nicht ausreichen sollte, der Regierung das Recht geben, höchstens im Betrage von einer durch die Kammer zu bestimmenden Summe das mangelnde Geld zu erheben.

Abg. Riedel: Ich glaube, daß die freie Entwickelung des Volkes, dadurch, daß der Staat den Bau der Eisenbahn übernimmt, einzig und allein gewinnen kann. Ich stimme deshalb für die Kommission, weil ich den ersten Schritt darin finde, Eisenbahninstitute, die in Privathänden sind, in die Hände des Staats zu bringen. Lebensbedingungen aller solchen Institute sind zwei: vollkommene Organisation des Betriebs und Wohlfeilheit. Deshalb muß eine leitende Einheit die Organisation in die Hand nehmen, was aber nicht durch die Polizei geschehen kann, sondern durch den Staat. So lange noch zwanzig verschiedene und ungleiche Direktionen mit verschiedenen Interessen bestehen, die ihren Vortheil, selbst allgemein anerkannter Nothwendigkeit gegenüber, verfolgen müssen, ist an eine systematische Organisation nicht zu denken. Noch weniger ist die Wohlfeilheit der Eisenbahnen zu erzielen, ehe sie nicht in die Hände des Staats übergegangen sind. Die Rentabilität steht gewöhnlich im Verhältniß der Gemeinnützigkeit. Für die Anregung der Produktion leistet eine Transportanstalt, die hohe Preise hat, gar nichts. Aber unabsehbar ist der Gewinn für Fabrikation, Manufakturen, ja für Fossilien und landwirthschaftliche Produkte, der aus der Wohlfeilheit der Transportkosten sich ergiebt. Auch auf den Credit würde die Uebernahme der Eisenbahnen durch den Staat höchst günstig einwirken. Durch die Verwandlung der Eisenbahnactien in Staatsschuldscheine würde den mannigfaltigsten Uebelständen abgeholfen werden. Dadurch werden die Eisenbahnen erst wahrhaft gemeinnützige Anstalten werden. Man sagt nun, die Eisenbahngesellschaften werden gewinnsüchtige Anforderungen stellen. Aber gerade im gegenwärtigen Moment ist die Sehnsucht nach fixen Renten größer als je. Ich glaube also nicht, daß unbillige Forderungeu gestellt werden können. Auch steht ja der Staat auf positivem Boden. Der Preis wird sich nach der Ertragsfähigkeit der Bahn richten. Auch die Besorgniß, der Cours der Staatsschuldscheine werde verlieren, ist nicht gerechtfertigt, da ja eben so viel courshabende Creditpapiere außer Cours kommen, als Staatsschuldscheine mehr werden. Ich glaube also, daß jede Maaßregel, welche die Privatanstalt in gemeinnützige Staatsanstalten verwandele, mit Freuden begrüßt werden muß, und daß wir die Hoffnung daran knüpfen müssen, die Regierung werde bald in umfassender Weise diese Grundsätze ausführen.

Handelsminister v. d. Heydt: Der erste Redner hat es einen Mißgriff genannt, daß die Centralisation der Verwaltung ausgedehnt werde; der letzte wünscht im Gegentheil die Uebernahme der Eisenbahnen durch den Staat. Die Frage, welche beide Redner trennt, kann zu langen Diskussionen führen. Aber sie liegt jetzt nicht vor. Die Frage, welche jetzt zur Entscheidung vorliegt, ist die, ob da, wo eine Eisenbahn ins Stocken gerathen ist, der Staat einschreiten solle. Dies schien der Regierung Pflicht zu sein. Sie hat sich jedoch auf ein gewisses Maaß zu beschränken geglaubt. Ich glaube also, daß es das Beste ist, jetzt auf jene Frage nicht weiter einzugehen, da für jetzt die Regierung keine weitere Vorlage machen wird.

Der Präsident bemerkt, daß die Redner die berührte Frage jetzt nicht erschöpfen wollten, daß sie nur die allgemeinen Gesichtspunkte geben wollten, daß er also die allgemeine Diskussion in dieser Art nicht beschränken werde. (Bravo links.)

Nach einigen deprecirenden Worten des Ministers und des Präsidenten erhält Abg. Winzler das Wort und erklärt sich gegen den Entwurf. Man solle dem Volke nicht ein Geschenk von $1\frac{1}{2}$ Millionen Schulden machen, wo so dringende Bedürfnisse zu befriedigen seien.

Abg. v. Bodelschwingh (Hagen): Ich stimme für den Kommissions-Antrag, weil er dahin geht, die drei genannten Eisenbahnen auf Kosten des Staates zu übernehmen. Ich stimme aus speziellen Gründen dafür und nicht aus den von der Kommission angeführten allgemeinen Gründen. Die Ostbahn ist eine Ehrenschuld, die der Staat gegen die Provinz Preußen hat, wobei ich übergehe, daß sie selbst die Schuld trägt, daß diese Schuld nicht schon in größem Maaße abgetragen ist. (Einzelnes Zischen und Bravo.) Auch wird diese Bahn dazu beitragen, den fehlerhaften geographischen Bau unseres Staats zu verbessern. Ich stimme für die Saarbrücker-Bahn, wegen der reichen Kohlenlager und für die Westphälische Eisenbahn, weil zunächst des hochseligen Königs Majestät schon eine Million aus seiner Privatchatoulle dazu gegeben und dann, weil sie einmal gekauft ist, weil es ein fait accompli ist. Nach den beruhigenden Versicherungen, die der Handelsminister gemacht, will ich dem Redner, welcher für Uebernahme der Bahnen durch den Staat gesprochen hat, nicht näher folgen, nur das will ich sagen, daß in England, wo man sich doch wohl auch auf Handel und Verkehr versteht, die Eisenbahnen ganz der Privatindustrie überlassen sind. Auch hat unser Verkehr bei den Privat-Eisenbahnen einen gewaltigen Aufschwung genommen, derselbe würde noch größer sein, wenn nicht Calamitäten dazwischen gekommen wären. Wenn ich nun auch für den Antrag bin, so muß ich doch bemerken, daß es wünschenswerth gewesen wäre, es wäre der Kauf und Bau der Westphälischen Eisenbahn nicht eher vorgenommen worden, als bis wir die Zustimmung gegeben hätten. Im Einzelnen möchte ich noch bemerken, daß es wünschenswerth sei, wenn die Verwaltung unsere Eisenindustrie bei dem Bau der Eisenbahn berücksichtige, daß sie z. B. nur inländisches Eisen nehme. Ich will jedoch keinen Antrag hierüber stellen.

Abg. Hirsch gegen den Commissions-Antrag, welchen er für zu eng hält, und in den er auch noch andere Bahnen, z. B. die Posen-Breslauer aufgenommen wissen will.

Minister v. d. Heydt: Auch die Regierung ist von der Wichtigkeit dieser Bahn überzeugt; sie hatte Verhandlungen angekündigt und durfte hoffen, die Bahn unter Gewährung einer Zeitgarantie Seitens des Staats durch die Privatindustrie entstehen zu sehen. Sollte dies nicht geschehen, so wird die Regierung selbst mit dem Bau dieser Bahn vorschreiten müssen.

Abg. Scherer: Nicht darum, ob überhaupt der Staat die Eisenbahnen übernehmen soll, sondern ob die bestimmten Bahnen, darum handelt es sich, wie schon früher der Herr Handels-Minister bemerkte. Die Eisenbahnen sind nicht Gegenstände, sondern Mittel der Industrie, wie schon Herr Riedel bemerkte. Wir müssen durchaus dem Staate die Initiative beim Eisenbahnbau übergeben. Bedenken Sie auch das: ein Beamtenheer bildet sich aus beim Eisenbahnbau, — wollen Sie dieses Beamtenheer unabhängig vom Staate existiren lassen? Ich halte das für gefährlich und unmöglich.

v. Auerswald: Vor mehreren Jahren war schon eine Gesellschaft zusammengetreten, die den Bau der Bahn von Königsberg nach Berlin für eine Garantie von $1\frac{3}{4}$ % übernehmen wollte. Das geehrte Mitglied für Luckau irrte also, wenn es ein Zustandekommen der Bahn aus Privatmittrln nicht für möglich hielt. Wenn aber hier der Abgeordnete für Hagen den Bewohnern der Provinz Ostpreußen den nicht erfolgten Bau der Bahn zum Vorwurf gemacht hat, so muß ich bemerken, daß daran vielmehr nur der Finanzminister von 1842 und der Regierungs-Kommissar vom Landtage des Jahres 1847 schuldig ist. (Bravo und Zischen. Das Bravo wird lange wiederholt.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf morgen um 12 Uhr vertagt. Schluß der Sitzung: 4 Uhr.

Locales 2c.

V. Posen. — Sonnabend den 10ten wird der allgemein verehrte General v. Steinäcker von seiner Badereise aus Gastein hierher zurückkehren. An den Festungswerken beim Berliner Thor wird deshalb Tag und Nacht gearbeitet, indem der General durch das letztere seinen feierlichen Einzug in die Stadt halten soll.

♂ Mikorzyn, den 30. Oktober. Heute ist hier ein Unglücksfall vorgekommen, der wahrscheinlich ein Menschenleben ko-

ſten wird. Im hieſigen Kretſcham befand ſich der Förſter Görlitz, da kommt der Vogt Zurek, fordert ihn auf zu ſeinem Brotherrn zu kommen. Da der Förſter, der erſt ſeine Flinte ſich umhängt, ihm nicht gleich folgt, ſo giebt er ihm ein paar Maulſchellen, daß er niederſtürzt. Er erhebt ſich wieder und wehrt ſich. Zurek greift nach der Flinte, beide ringen; das Gewehr geht los und der Schuß trifft den Wirth Kuzey aus Bärwalde, welcher am Tiſche ſitzt und ſchläft, in den Rücken. Man hat den Unglücklichen, einen Familienvater, auf ſeinem Wagen bis in die Kreisſtadt gebracht, um ihn daſelbſt der Pflege des Arztes zu übergeben. Es iſt wenig Hoffnung zur Geneſung. Das Kreisgericht zu Kempen unterſucht die Sache.

♂ Aus dem Schildberger Kreiſe, den 1. November. Noch kein Beſuch der oberen Verwaltungsbeamten iſt für unſere Intereſſen ſo erſprießlich geweſen, als der des Regierungs-Präſidenten, welcher am 7. Mai hier geweſen iſt. Derſelbe hat die Nothwendigkeit erkannt, den Schildberger Kreis nicht länger aus dem Bereiche der ſtaatlichen Fürſorge zu laſſen. Auf den Antrag der Köngl. Regierung hat der Miniſter den Fortbau der Chauſſée von dem Radziwillſchen Luſtſchloſſe Antonin bis Kempen genehmigt. Der Staat gewährt zu dem beſagten Baue 6000 Rthlr. auf die Meile, dazu treten die Quote der Provinzial-Chauſſée-Beiträge und die außerordentlichen Leiſtungen, zu welchen der Kreis aufgefordert werden und ſich entſchließen ſoll. Es iſt nur zu wünſchen, daß die Gutsbeſitzer, welche bisher für die Wege obſervanzmäßig gar Nichts gethan haben, ſich dabei beſonders betheiligen mögen. — Die hier in Rede ſtehende Chauſſée iſt für den Kreis wichtig, indem ſie den Wein und Eiſentransport, welcher aus Ungarn und Oberſchleſien dieſen Weg in unſere Provinz nehmen muß, ungemein erleichtert; doch iſt nicht zu vergeſſen, daß, wenn der Kreis, welcher nur nach Schleſien ſeine Produkte abſetzt und von da ſeine Bedürfniſſe bezieht, vollſtändig befriedigt werden ſoll, noch eine Chauſſée von der Grenzſtadt Grabow über Schildberg nach Schl. Wartenberg nothwendig iſt. Dadurch kann allein vermieden werden, daß alle und jede Verbindung zwiſchen dem Königreiche Polen und dem ſüdlichen Theile der Provinz nur über Oſtrowo und Medzibor mit Breslau unterhalten werde und dort ein großer Verkehr ſtattfinde, während im Nachbarkreiſe eine tiefe Stille herrſcht. Die Wegelänge beträgt nur 5 Meilen, das Material in Kies und Steinen iſt auf der ganzen Strecke überall zu finden. Mögen alle Diejenigen, denen das Schickſal unſeres Kreiſes in die Hände gelegt iſt, ſich dieſen Gegenſtand beſonders empfohlen ſein laſſen; der Schildberger Kreis iſt nicht ſchlecht; er iſt aber vernachläſſigt und kann aus dem elenden Zuſtande, in welchen ihn eine ſtiefmütterliche Behandlung geſetzt hat, nur gezogen werden, wenn er gute Landſtraßen erhält. — Kürzlich war der Chef der erſten Reg.-Abtheil., Ober-Regierungsrath von L'Eſtocq, zur Reviſion des Landr.-Amtes hier.

Geſtern ſtand das Domänen-Vorwerk Parzynow zum Verkauf. Es iſt das die Bodenfläche einer adlichen Herrſchaft, welche der ehemalige Beſitzer, Victor von Trzebiński dem Staate zum Kaufe angeboten und welches derſelbe darum gekauft hat, um die hier überbürdeten und verſchuldeten Zinsbauern vom Untergange zu retten. Jetzt, nachdem denſelben der Grundzins ermäßigt und die alten Rückſtände, welche im Ganzen über 10,000 Thlr. betrugen und bei den Einzelnen oft 300 und 400 Thlr. ausmachten, erlaſſen worden ſind, ſollte das Vorwerk mit dem Walde verkauft werden; es iſt aber kein angemeſſenes Gebot abgegeben worden. Ein freiwilliges Gebot hatte vordem der Landſchaftsrath Rękowski gethan, war aber ſeinen Verbindlichkeiten nicht nachgekommen, weshalb der Fiskus zu einem anderweitigen Verkaufſchreiten mußte. Beiläufig kann aus den angeführten Thatſachen entnommen werden, warum — wann und unter welchen Nachtheilen der Staat im Großh. Poſen Güter gekauft habe. Es geſchah nicht wie der verſtorbene Ed. Raczyński auf dem letzten Provinzial-Landtage bitter klagte, um die polniſche Nationalität zu verdrängen und den Polen aus dem Lande ſeiner Väter zu vertreiben, ſondern um ruinirten Edelleuten, welche die Vorzimmer der Miniſter mit ihren Verkaufsanträgen belagerten und alle Empfehlungen dem Preußiſchen Hauſe befreundeter Familien für ihr Geſchäft benutzten, den geknechteten, verſchuldeten und verthierten Bauern aus den Händen zu nehmen und ihn zum Menſchen und Staatsbürger zu machen. Was hier in Betracht der Herrſchaft Parzynow geſagt worden iſt, das gilt auch von den Herrſchaften Schildberg und Strayzow, bei welchen der Staat auf dieſelbe humane und ſtaatswirtſchaftlich richtige Weiſe verfahren iſt.

Perſonal-Chronik.

Bromberg, den 2. November. (Amtsbl. Nro. 44.) Die Feldmeſſer Fr. Brohm, Rochlitz und A. Ewald zu Poln. Crone ſind in dieſer Eigenſchaft vereidigt. — Der Lehrer A. Lauſch iſt als Lehrer bei der kathol. Schule zu Gora, Kreis Schubin, definitiv beſtätigt worden. — Die Jäger Böck, Nenne, Borkenhagen, Krauſe und Hoffmann ſind von der Oberförſterei Schönlanke als Hilfsaufſeher interimiſtiſch angeſtellt.

Muſikaliſches.

Der auf der Durchreiſe begriffene, in ſeiner Kindheit erblindete, Violinſpieler, Herr Tettelbach aus Dresden, will hier in einem eignen Konzerte auftreten, worauf wir hiermit die Aufmerkſamkeit der Muſikfreunde lenken möchten. Bei den anerkennenswerthen Leiſtungen deſſelben wird es ihm ohne Zweifel gelingen, ſeine Bemühungen durch freundliche und wohlthuende Theilnahme unterſtützt zu ſehen, wozu wir ihm aufrichtig das Beſte wünſchen müſſen.

Kambach.

Verantw. Redakteur: C. C. H. Violet.

Markt-Berichte.

Berlin, den 3. November.

Am heutigen Markt waren die Preiſe wie folgt: Weizen nach Qualität 52—58 Rthlr. Roggen loco und ſchwimmend 26—28½ Rthlr., pr. Novbr. und Novbr./December 26¼ Rthlr. Br., 26 bez. u. G., pr. Frühjahr 28 Rthlr. bez. u. Br., 27¾ G. Gerſte, große loco 25—26 Rthlr., kleine 20—22 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15—18 Rthlr., pr. Frühjahr 48pfd. 16 Rthlr., 50pfünd. 17 a 16½ Rthlr. Rüböl loco 14¾ Rthlr. Br., pr. November 14¾ Rthlr. Br., 14¾ bez., Novbr./December 14⅝ Rthlr. Br., 14½ G., Decbr./Januar 14½ Rthlr. bez., 14$\frac{5}{12}$ a 14½ G., Jan./Februar 14½ Rthlr. Br., 14⅓ G., Febr./März 14⅔ Rthlr. 14⅙ a ¼ G., März/April 14$\frac{1}{12}$ u. 14 Rthlr. verk., 14 G., April/Mai 14 Rthlr. Br., 13⅚ a 13$\frac{11}{12}$ G. Leinöl loco 12½ Rthlr., Novbr./Decbr. 12$\frac{5}{12}$ a 12⅓ Rthlr. Br., pr. Frühjahr 11⅚ a 11½ Rthlr. Mohnöl 15½ Rthlr. Hanföl 13½ Rthlr. Palmöl 12 Rthlr. Südſee Thran 12¼ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß 14$\frac{11}{12}$ Rthlr. verk., mit Faß pr. Novbr. u. Novbr./December 14 Rthlr. Br., 13¾ G., pr. Frühjahr 15⅔ Rthlr. Br., 15$\frac{7}{12}$ G.

Poſen, den 5. November. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus pr. Tonne von 120 Quart zu 80% Trall. 11⅚—12 Rthlr.

Berliner Börse.

Den 3. November 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	106½	—
Staats-Schuldscheine	3½	89	88½
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	101½	101
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	[illegible]
Berliner Stadt-Obligationen	5	—	[illegible]
Westpreussische Pfandbriefe	3½	90	89½
Grossh. Posener „	4	—	99½
„ „	3½	—	89¾
Ostpreussische „	3½	95	94¼
Pommersche „	3½	—	95½
Kur- u. Neumärk. „	3½	—	95½
Schlesische „	3½	—	94½
„ v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	98	97
Friedrichsd'or	—	13$\frac{1}{12}$	13$\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	—	—
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	90½
„ Prioritäts-	4	—	93½
Berlin-Hamburger	4	—	86½
„ Prioritäts-	4½	—	98½
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	65½
„ „ Prior. A. B.	4	—	91½
„ „ „	5	—	101
Berlin-Stettiner	4	—	102½
Cöln-Mindener	3½	—	96½
„ Prioritäts-	4½	—	100
Magdeburg-Halberstädter	4	—	—
Niederschles.-Märkische	3½	84¼	—
„ Prioritäts-	4	—	94
„ „	5	—	102½
„ „ III. Serie	5	—	101
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	106¼	—
„ „ B.	3½	104	—
Rheinische	—	—	—
„ Stamm-Prioritäts-	4	80	79½
„ Prioritäts-	4	—	—
„ „ v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	69⅜	69⅜
Stargard-Posener	3½	—	84½

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Poſen.